**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Freitag, 9. Mai 1947.**

**Das Volk entscheidet**

Von Ministerpräsident Dr. Boden. – In einer Sitzung vom Freitag, 25. April 1947 nahm die beratende Landesversammlung des Landes Rheinland-Pfalz einen Verfassungsentwurf an. Für die Annahme des Verfassungsentwurfes erklärte sich eine Zweidrittel-Mehrheit, die sich aus Vertretern der Christlich.-Demokratischen Union, der Liberalen Demokratischen Volkspartei und dem Sozialen Volksdienst zusammensetzt. Darin hat sich erfreulicherweise der Wille der überwiegenden Mehrheit der Parteien dokumentiert. Regierung, Staat und Volk eine endgültige gesetzmäßige Grundlage für die weitere politische Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz zu geben.

Der von der beratenden Landesversammlung angenommene Verfassungsentwurf wird nun am 18. Mai dieses Jahres dem Volke zur Abstimmung vorgelegt. Ueber endgültige Annahme oder Ablehnung hat also das Volk selbst – d.h. jeder einzelne Staatsbürger – zu entscheiden. Damit steht das Volk vor einer ebenso grundlegenden geschichtlichen Entscheidung wie die bisherige beratende Landesversammlung. Es kann nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, welche Bedeutung eine Verfassung für das ganze kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes hat sie ist ein macht voller Schritt vorwärts auf dem Wege zu immer größerer politischer Verselbständigung innerhalb der Territorialgrenzen, die die Besatzungsmächte vor erst durch die Schaffung der einzelnen Besatzungszonen festgelegt haben. Die Zukunft wird darüber entscheiden, ob die bisher gebildeten Länder endgültig die Form und die Grenzen behalten werden, die sie heute besitzen. Die in Moskau zu Ende gegangenen Behandlungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, England und Frankreich haben auch dem deutschen Volk zu Bewußtsein gebracht, welche schwerwiegenden Lebensfragen mit der zukünftigen Struktur der einzelnen deutschen Länder verbunden sind. Deutschland hat vorerst selbst keine Gelegenheit, an den internationalen Beratungen der Mächte teilzunehmen, und doch ist es in erster Linie mit beteiligt an der Lösung dieser Fragen im Rahmen der politischen Lebensbedingungen, die im vorläufig auferlegt wurden.

Die Art und Weise, wie das deutsche Volk mit den ihm gestellten politischen Aufgaben fertig wird, ist mitentscheidend auch für seine nächste Zukunft als Gesamtvolk. Es muß sich im Rahmen der nun einmal gesetzten Grenzen politisch erproben und der Lösung seiner Lebensprobleme im großen langsam entgegen reisen. Je mehr es und je intensiver es von den ihm bis jetzt übergebenen politischen Rechten und Pflichten Gebrauch macht, umso eher rückt die Stunde heran, die ihm die volle Selbstbestimmung und damit auch die volle Achtung als Volk und Staat von Seiten der anderen Völker wieder entgegen bringt. Eine politische Haltung, die sich nun deshalb der Mitwirkung an der Gestaltung der öffentlichen Geschicke enthält, weil das Land Rheinland minus Pfalz noch kein endgültiges oder ein zu kleines Staatsgebilde sein, wäre einfach unverständlich. Sie würde sich der Verantwortung von dem größeren Morgen entziehen, wenn nicht dieses Morgen in Frage stellen.

Es kommt in der Tat darauf an, daß wir uns als Volk fähig und würdig erweisen, um das Vertrauen der Welt in unserem Willen zum Frieden und zu einem ruhigen und stetigen Neuaufbau auf der Grundlage demokratischer Lebensformen wieder zu erwerben. Die ersten Schritte auf dem Wege haben wir hinter uns. Der Neuaufbau vollzieht sich schrittweise von unten nach oben. Die Fähigkeit zur Uebernahme selbständiger Verantwortung durch das Volk muß sich zunächst erweisen im Rahmen kleiner Lebensbereiche. So ist zunächst aus den Wahlen zu den vertretenden Körperschaften der Gemeinden und Kreise ein bestimmtes Bild des politischen Willens des deutschen Volkes hervorgegangen. Bis jetzt hat es sich erwiesen, daß das Volk den Sinn der Stunde begriffen hat, indem es sich unter Ueberwindung alter geschichtlicher Gegensätze und störender Zersplitterung zu großen politischen Gebilden bekannt und zusammengefunden hat. Wenn wir auch in unseren politischen Planungen und Entschlüssen unter der Notwendigkeit stehen, den Anforderungen der Besatzung gerecht zu werden, so hat sich doch in den demokratischen Vertretungskörperschaften bisher schon ein lebhafter Wille zur Mitarbeit im demokratischen Sinne gezeigt.

Es gilt darum den in dieser politischen Arbeit sich verkörpernden Optimismus nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern ihn erneut für größere Aufgaben einzusetzen. Die Wahlen zu einem Landesparlament, verbunden mit der Abstimmung über eine Verfassung, geben dazu eine hervorragende Gelegenheit. Es wär[!] nur zu wünschen, daß der Optimismus vor allen Dingen nicht getrübt und beeinträchtigt würde durch eine fruchtlose Opposition gegen das nun einmal Bestehende. Umgekehrt, das Volk muß jede wie auch immer geartete Gelegenheit suchen und wahrnehmen, um seinen Lebens- und Gestaltungswillen zur Geltung und zur Entfaltung zu bringen. Das große Ansehen, das auch kleinere Staaten der Welt genießen und die Bedeutung, die gerade solche Staaten vielfach für den internationalen Ausgleich und für die friedliche Zusammenarbeit der Völker haben, beweist, daß nicht nur große Machtgebilde die Völker politisch glücklich machen. Gerade das deutsche Volk hätte Anlaß, über diese Tatsache ernsthaft nachzudenken, um das wahre Maß seiner politischen Geltung zu erkennen und damit seine Zukunft vorbereitend neu zu entwickeln.

Die Verfassung gibt den politischen Verhältnissen innerhalb unseres Landes endlich den festen Halt und das[!] fest Grundlage, deren Fehlen wir bisher allzu deutlich spürten. Auch die Landesregierung weiß sich auf Grund einer Verfassung im festen Besitz von Rechten, Verantwortungen und Befugnissen, die ihre Arbeit eine größere Zielstrebigkeit und eine planvolleren Entwicklungsmöglichkeit zu verleihen geeignet sind. Damit dürfte auch das Vertrauen des Volkes zur Regierung den festen Halt bekommen, und es liegt im Wesen der Demokratie, daß wiederum das Volk dazu berufen ist, durch seine Mitentscheidung dieses Vertrauen auch seinerseits mitzuschaffen. So soll und muß eine fruchtbare Wechselwirkung zwischen Regierung und Volk zustandekommen, die Regierung wie Volk von manchem entlastet, was an Ungewißheit und Unsicherheiten über uns lag. Das Volk selbst hat es in der Hand, Dinge zu beseitigen, die die ganze politische Arbeit bisher vielfach noch in einem Zwielicht erschienen ließen. Die verantwortliche Regierung aber sehnt sich geradezu danach, ihre Arbeit in festumrissene Formen und Verhältnisse hineingebracht zu sehen, damit klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden und ihre Arbeit auf lange Sicht sorgfältig gestaltet werden kann.

Das Volk aber möge vor allem sich zu einer auch politischen Tugend erziehen, die leider im Gegensatz zu anderen Völkern bei uns zu wenig heimisch war, und das ist die Tugend des geduldigen, beharrlichen, aber darum nicht weniger energischen Strebens, die furchtbaren Verheerungen und Auswirkungen des Krieges schrittweise zu überwinden. Es möge dabei wie bisher auch bei der großen politischen Entscheidung am 18. Mai zur großen Tradition seiner Geschichte zurückfinden, die ihm die Achtung und das Ansehen der benachbarten Völker eingebracht haben. Das sind die Traditionen wahrer sozialer Hilfsbereitschaft, echter Friedensgesinnung und solidarischer Haftung für alles, was dem allgemeinen Wohl dienlich ist. Die Verfassung trägt durchaus den Geist dieser Tradition und ist so gegenüber den Lebensverhältnissen, in die die gewaltigste Katastrophe, die nicht nur Deutschland, sondern auch die ganze Welt bisher erlebte, uns stürzte, in wahrem Sinne fortschrittlich. Sie ist aufgebaut auf der absoluten Achtung und Freiheit des Einzelnen. Die Würde des Menschen ist ihr tiefstes Signum, das Freiheit wie Bindung in Pflicht und Verantwortung charakterisiert.

Es ist jetzt Gelegenheit, die Oeffentlichkeit stärker als bisher mit den einzelnen Bestimmungen der Verfassung vertraut zu machen. Dadurch soll der Entschluß erleichtert werden, der Verfassung die Zustimmung des Volkes zu verschaffen. Möge das rheinisch-pfälzische Volk sich der Stunde der Entscheidung gewachsen und würdig erweisen, und möge sie jeden verantwortungsbewußten Staatsbürger mit dem heißen Willen erfüllen, von dem großen Recht Gebrauch zu machen, das Lebensgeschick des Volkes mitzugestalten.